

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juli 2007

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Denise Kästner

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 02. Juli bis zum 08. Juli 2007

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Reformvertrag erste Priorität für portugiesische Ratspräsidentschaft

Auf der Pressekonferenz anlässlich des Treffens mit Kommissionspräsident Durão Barroso bestätigte dies der portugiesische Premierminister José Sócrates und erklärte, dass das Mandat des Europäischen Rates vom 23.06. keine Abänderung vorsehe. Die portugiesische Präsidentschaft will die Regierungskonferenz wie vorgesehen am 23.07. eröffnen. Die Einigung der Staats- und Regierungschefs soll bei einem informellen Treffen am 18. und 19. Oktober 2007 erzielt werden. Dies würde die Vorlage eines unterschriftsreifen Vertragstextes zum Europäischen Rat am 13./14.12. ermöglichen. (Ro)

http://www.eu2007.pt/UE/vEN/Noticias_Documentos/20070703Noticiatratado.htm

2. Polnische Änderungswünsche am Reformvertrag zurückgewiesen

In Reaktion auf die Ablehnung des Kompromisses des Europäischen Rates vom 23.06. durch polnische Nationalisten haben der Präsident des Rates, der portugiesische Premierminister José Sócrates und der Kommissionspräsident José Manuel Barroso gemeinsam Polen und andere Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Roman Giertych, der Vorsitzende einer der Koalitionsparteien Liga Polnischer Familien, hatte am 02.07. gegenüber Journalisten gesagt: „Wir werden eine Kampagne starten, weil der Vertrag, dank Deutschland, Zusätze enthält, die EU-Interessen vor polnische Interessen stellen.“ (Ro)

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/eu-vertrag-polen-opposition-aufgeben/article-165191>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Russland weiterhin gegen ein unabhängiges Kosovo

Dies beinhalten Pressemeldungen vom 29.06. wonach Russland den jüngsten Resolutionsentwurf im Sicherheitsrat abgelehnt hat, der von den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich vorgelegt wurde. Der Entwurf hielt an einer überwachten Unabhängigkeit des Kosovo fest, bemühte sich aber der russischen Sorge vor einem Präzedenzfall für andere Gebiete Rechnung zu tragen. (Ro)

<http://www.euractiv.com/de/erweiterung/russland-weiterhin-gegen-unabhaengiges-kosovo/article-165103>

2. Erster Gipfel EU-Brasilien

Am 4. Juli hielten die EU, vertreten durch Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso und den portugiesischen Ministerpräsidenten José Sócrates, und Brasilien, vertreten durch

Staatspräsident Luiz Inacio Lula da Silva, ihr erstes Gipfeltreffen ab, um eine strategische Partnerschaft in die Wege zu leiten. In einem Schlussdokument verabredeten sie eine weit reichende Zusammenarbeit. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1001&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/brazil/intro/index.htm

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/95167.pdf

b) Entwicklungspolitik

1. EU bekräftigt verstärkte Afrikapolitik

Beim Gipfel der Afrikanischen Union (AU) am 03.07. in Accra (Ghana) haben sich Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der EU-Ratspräsident José Socrates für eine EU-Afrika-Strategie ausgesprochen, die sich besonders auf Entwicklung, Migration sowie auf Energie und den Klimawandel konzentrieren wird. Socrates kündigte an, dass der EU-Afrika-Gipfel am 08./09.12. einen „Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten“ darstellen solle. (Ro)

<http://www.euractiv.com/de/nachhaltige-entwicklung/socrates-verspricht-staerkung-beziehungen-afrika/article-165241>

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/454&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Gute Noten für Entwicklungshilfe der EU-Kommission

Diese erteilte ein "Peer Review Team" der OECD unter Führung der USA und Australiens. Dieses anerkannte die Kommission als sechstgrößten Geber und als Förderator der Hilfen der 27 Mitgliedstaaten, die zusammen über die Hälfte der offiziellen Entwicklungshilfe ausmachen. Erstmals wurde auch die Humanitäre Hilfe einbezogen. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1027&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/whatsnew/consensus_en.htm

3. Europäer unterstützen Millenniums-Entwicklungsziele

Nach einer Umfrage der EU-Kommission hat für die meisten (66%) die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger in den Entwicklungsländern oberste Priorität. An zweiter Stelle steht die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (46%). EU-weit wird Afrika südlich der Sahara als am meisten hilfsbedürftig angesehen (64%). (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1032&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_barroso/michel/speeches/docs/ip/2007/EurobaroDE.pdf

4. EU fördert Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan bis 2010 mit 200 Mio. €

Dies erklärte EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner am 03.07. in Rom auf der internationalen Afghanistan-Konferenz über Rechtsstaatlichkeit. Die Pläne der EU konzentrieren sich auf die folgenden drei Schlüsselbereiche: Justizreform unter besonderer Berücksichtigung der Einstellungs-, Besoldungs- und Laufbahnsysteme; Förderung der Gehaltszahlungen im Justizsektor; Finanzierung des Treuhandfonds zur Förderung von Recht und Ordnung (Law and Order Trust Fund, kurz LOTFA), der zur Finanzierung der Gehälter der Polizei dient. Insgesamt hat die Europäische Kommission die Bereitstellung von 610 Mio. € für Afghanistan im Zeitraum 2007 - 2010 angekündigt. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/990&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/afghanistan/intro/index.htm

5. Kommission tritt für IKRK-Forderung zu humanitärem Recht in Burma ein

Am 29. 06. erhob das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) öffentlich Vorwürfe gegen die Regierung von Burma/Myanmar wegen Verstößen gegen das internationale humanitäre Recht von Zivilpersonen und Gefangenen sowie wegen der zunehmenden Beschränkungen der Arbeit des IKRK. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1012&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/myanmar/intro/index.htm

http://ec.europa.eu/echo/field/myanmar/index_en.htm

6. Friedlichen Verlauf der Parlamentswahlen in Timor-Leste begrüßt

Die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, äußerte sich zufrieden über den reibungslosen Verlauf der Parlamentswahlen in Timor-Leste und erklärte: „Nach der vorläufigen Stellungnahme unserer Wahlbeobachtungsmission unter Leitung des MdEP Javier Pomés verliefen diese Wahlen - wie schon die Präsidentschaftswahlen im April und Mai dieses Jahres – friedlich.“ (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/992&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/east_timor/index.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Höherer Stellenwert für soziale Prioritäten

Dies ist nach den Schlussfolgerungen der Triopräsidentschaft von Portugal zusammen mit Deutschland und Slowenien das Hauptanliegen des informellen Treffens der EU-Arbeits- und Sozialminister am 05./06.07. in Guimarães gewesen. (Ro)

http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/36613ACB-3E45-480B-91C2-48AEE0A34423/0/20070705_ConclusoesEmprego_en.pdf

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/275&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Arbeitslosenquote der Eurozone und der EU27 im Mai auf 7,0% gesunken

In der Eurozone (EZ13) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Mai 2007 bei 7,0%, gegenüber 7,1% im April. Im Mai 2006 betrug sie 7,9%. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote auch im Mai 2007 bei 7,0%, gegenüber 7,1% im April. Im Mai 2006 hatte sie 8,0% betragen.

Die niedrigsten Quoten verzeichneten im Mai 2007 die Niederlande (3,2%), Dänemark (3,3%), Irland (4,1%) und Zypern (4,2%). Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten die Slowakei (10,8%) und Polen (10,5%). (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/93&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. Informationsaustausch EU/USA bei Kosmetika und Medizinprodukten

Die Europäische Kommission und die US-Regierung können künftig vertrauliche Daten über die Unbedenklichkeit von Kosmetika und Medizinprodukten austauschen. Die EU-Kommission und die US-Arzneimittelbehörde haben auf einer bilateralen Sitzung in Brüssel

Vertraulichkeitsvereinbarungen getroffen, die den Gesundheitsschutz verbessern und den Handel zwischen der EU und den Vereinigten Staaten vereinfachen sollen. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1024&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/index_de.htm

http://ec.europa.eu/enterprise/medical_devices/index_de.htm

2. Für Hör- und Sehverlust verantwortliche Gene ermittelt

Anlässlich einer Medienkonferenz in Paris stellten Wissenschaftler die Ergebnisse zweier Forschungsprojekte vor, mit denen die molekularen Mechanismen, die für Gehör- und Sehschäden verantwortlich sind, untersucht und mögliche Behandlungsmethoden ermittelt werden sollten. Diese Erkenntnisse sollen nun zur Erforschung möglicher künftiger Therapien genutzt werden. Insgesamt werden von der EU 22,5 Mio. € bereitgestellt. Die Partner kommen aus 16 verschiedenen Ländern. Von großem Nutzen für die Projekte war die aktive Beteiligung von Personen mit Hör- und Sehschäden und ihrer Familien. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1002&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.ec.europa.eu/research/hearing-seeing

c) Soziales und Chancengleichheit

1. Öffentliche Anhörung zu neuen Antidiskriminierungsmaßnahmen

Die Europäische Kommission hat am 04.07. eine Online-Anhörung zur Bekämpfung von Diskriminierungen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene eingeleitet. Die öffentliche Anhörung soll der Kommission die Planung neuer Maßnahmen erleichtern, mit denen sie auf anderen Gebieten als dem Arbeitsmarkt gegen Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung vorgehen will. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1006&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

<http://equality2007.europa.eu>

2. Deutschland droht Klage wegen fehlendem Flüchtlingsschutz

Wegen Nichtumsetzung der Richtlinie über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (2004/83/EG) erließ die Kommission eine letzte Mahnung mit einer Frist von zwei Monaten vor einer etwaigen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Betroffen sind auch zwölf weitere Staaten (Griechenland, Spanien, Italien, Zypern, Ungarn, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Finnland, Schweden und Vereinigtes Königreich). Ziel der Richtlinie ist ein Mindestmaß an Schutz und an Leistungen in allen Mitgliedstaaten. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1015&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/frattini/index_en.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung und Landwirtschaft

1. Weinreform soll Subventionen für unverkäuflichen Wein beenden

Kernpunkt der Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Marktordnung für Wein ist ein besserer Einsatz der verfügbaren Haushaltsmittel (1,3 Mrd. EUR), die auf dem gegenwärtigen Niveau verbleiben. Alle ineffizienten Maßnahmen (verschiedene Beihilfen für die Destillation, Beihilfen für die private Lagerhaltung, Ausfuhrerstattungen) würden vom ersten Tag an abgeschafft. Der Zusatz von Zucker zur Anreicherung von Wein würde verboten, und die Beihilfe für importierten Most zur Anreicherung ebenfalls. Die Pflanzbeschränkungen würden für eine Übergangszeit von fünf Jahren weiter gelten, und nicht wettbewerbsfähige Erzeuger würden mit einer attraktiven finanziellen Unterstützung aus dem Sektor ausscheiden können. Mehr Gelder würden in die Entwicklung des ländlichen Raums fließen (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1008&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/index_de.htm

2. Mehr Vogelgrippe in Deutschland – Verdacht in Österreich und Frankreich

Deutschland bestätigte, dass nunmehr auch in Thüringen der Erreger H5N1 nachgewiesen worden sei. Zuvor wurde er in Bayern, Sachsen und Tschechien ermittelt. Frankreich und Österreich meldeten Verdachtsfälle und praktizierten wie die drei anderen Staaten Vorsorgemaßnahmen. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1013&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dyna/influenza/index.cfm

b) Verbraucherschutz

Kommission präsentiert Europäische Charta für Energieverbraucher

Die Kommission hat am 05.07. einen Vorschlag für eine unverbindliche Charta der Rechte der Energieverbraucher vorgelegt, in der die Rechte der Verbraucher in den Bereichen Strom- und Gasversorgung aufgelistet werden. Dies umfasst unter anderem Verträge, Auskünfte, Preise, Streitbeilegung und den Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken. Dies ist das erste Mal, dass diese Rechte in einem einzigen Papier festgehalten werden. Die Charta soll den Verbrauchern helfen, überlegt ihre Versorgungsunternehmen auszuwählen, wenn sie auf den Strom- und Gasmärkten, auf denen freier Wettbewerb gilt, ihre Rechte wahrnehmen. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1026&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/consumers/index_en.htm

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/278&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. EU-Kommission sieht mehr Spielraum für ermäßigte Mehrwertsteuersätze

Nach ihrer Mitteilung vom 05.07. kann das System flexibler gestaltet werden, was den Mitgliedstaaten erlauben würde, auf lokal erbrachte Leistungen ermäßigte MwSt-Sätze anzuwenden. Ein solches flexibles System dürfe jedoch weder das reibungslose Funktionieren

des Binnenmarktes beeinträchtigen, noch den Unternehmen übermäßige Befolgungskosten verursachen. Laut einer Studie könnten niedrigere MwSt-Sätze zum Wirtschaftswachstum beitragen, wenn sie die Verbraucher dazu bewegen können, mehr Leistungen für ihren privaten Haushalt nicht selbst zu erbringen, sondern von außen „einzukaufen“. Umweltpolitische, sozialpolitische, kulturpolitische und wirtschaftliche Ziele ließen sich aber mit anderen politischen Instrumenten wie etwa Subventionen oftmals effizienter erreichen. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1017&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/vat/how_vat_works/rates/index_de.htm

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/277&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Weiterhin erhebliche Mängel bei Umsetzung des Binnenmarktrechts

Wie die Europäische Kommission in der jüngsten Ausgabe ihres halbjährlichen Binnenmarktanzeigers berichtet, ist der Anteil der Binnenmarktvorschriften (1628), die auch nach Ablauf der vorgesehenen Frist noch nicht in nationales Recht umgesetzt wurden, im Durchschnitt auf 1,6% angestiegen. Im Januar hatte dieser Wert noch bei 1,2% gelegen, dem besten jemals erreichten Ergebnis (IP/07/126). Neun Mitgliedstaaten – Litauen, Lettland, die Slowakei, Dänemark, Deutschland, Estland, Zypern, Malta und Slowenien – haben das von den Staats- und Regierungschefs im März 2007 vereinbarte Zwischenziel von 1% bereits erreicht.

Polen (1,8%) hat sein Defizit verdoppelt, Tschechien seines (2,3%) um 0,7% erhöht. Die Defizite von Bulgarien (2,9%) und Rumänien (7,4%, 96 Richtlinien) sind noch nicht einbezogen.

Lediglich vier Mitgliedstaaten ist es gelungen, die Zahl der gegen sie anhängigen Vertragsverletzungsverfahren zu senken (EL, IT, NL und ES). Besonders viele Verfahren laufen gegen Deutschland (82), Griechenland (89), Frankreich (99), Spanien (108) und Italien (153). Österreich liegt mit 58 Verfahren über dem Durchschnitt von 53 (ohne Rumänien und Bulgarien). (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/991&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/score/index_de.htm

b) Wettbewerbsrecht

Rekordbuße für spanischen Telekom-Betreiber Telefónica

Die Europäische Kommission hat gegen den führenden spanischen Betreiber Telefónica wegen sehr schwerwiegenden Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung auf dem spanischen Breitbandmarkt eine Geldbuße von 151 875 000 EUR verhängt. Telefónica hatte von seinen Wettbewerbern höhere Preise als von seinen eigenen Endabnehmern verlangt. Die Konkurrenz musste folglich Verluste hinnehmen, wenn sie mit den Endkundenpreisen von Telefónica mithalten wollte. Aufgrund hoher Großhandelskosten und eines eingeschränkten Wettbewerbs auf dem Breitbandmarkt bezahlen die spanischen Endverbraucher im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt 20 % mehr für ihren Breitbandanschluss. Im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt ist die Breitbanddurchdringung in Spanien 20 % und die Wachstumsrate im Breitbandgeschäft sogar 30 % geringer. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1011&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/274&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. EU-Kommission: weiterhin robustes Wachstum im Eurogebiet

Das Jahr 2007 habe für das Eurogebiet gut begonnen, so das Ergebnis des neuesten Eurogebiet-Quartalsberichts. Angetrieben durch die Binnennachfrage, insbesondere die Investitionen, habe das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 3 % auf Jahresbasis erreicht. Zwar sei der private Verbrauch leicht zurückgegangen, dürfte sich jedoch angesichts der derzeitigen Rekordwerte beim Verbrauchervertrauen rasch wiederbeleben. Das Exportwachstum habe sich abgeschwächt, was allerdings in erster Linie auf statistische Effekte – möglicherweise auch eine Abkühlung des internationalen Wirtschaftsklimas – und weniger auf die Aufwertung des Euro zurückzuführen sei.

Im Hauptteil des Berichts wird dargelegt, dass sich die Integration der Finanzmärkte eindeutig positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt und auch für das reibungslose Funktionieren der WWU von Bedeutung ist. Somit profitierten die Mitgliedstaaten des Eurogebiets auch stärker von der Finanzintegration als andere EU-Mitgliedstaaten. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/999&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/quarterly_report_on_the_euro_area_en.htm

2. Globalisierung und Klimawandel erfordern neue Industriepolitik

In ihrer Halbzeitbewertung der Industriepolitik verweist die Kommission auf diese Herausforderungen und stellt eine Strategie für die Industriepolitik der kommenden Jahre vor (siehe [IP/05/1225](#)). Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung zeige, dass es keiner grundlegenden Änderung der nicht interventionistischen Industriepolitik auf EU-Ebene bedürfe. Erfolgreich gewesen seien die Initiativen zu Energie und Umwelt sowie CARS21 (Kfz.-Sektor), LeaderShip2015 für den Schiffbau und EnginEurope für den Maschinenbau (siehe [Memo/07/273](#)). Die allgemeinen Rahmenbedingungen müssten aber verbessert werden. Vizepräsident Verheugen meinte dazu: „Wir haben eine Industriepolitik geschaffen, die auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation beruht.“ Er mahnte aber eine CO₂-Reduzierung und mehr Energieeffizienz an. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1007&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/industry/index_de.htm+

3. Europäische Gemeinschaft in Weltzollorganisation aufgenommen

Die EU-Kommission begrüßt die Entscheidung der Weltzollorganisation (WZO), die Europäische Gemeinschaft zum 1. Juli 2007 als Mitglied aufzunehmen. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/994&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/about/welcome/index_de.htm#

<http://www.wcoomd.org>

4. Erzeugerpreise der Industrie im Mai gegenüber April in der EU gestiegen

In der Eurozone (EZ13) stieg der Erzeugerpreisindex der Industrie im Mai 2007 im Vergleich zum Vormonat um 0,3%, in der EU27 legten die Preise um 0,2% zu. Im April waren die Preise in der Eurozone um 0,4% und in der EU27 um 0,1% gestiegen.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat erhöhten sich die Erzeugerpreise im Mai 2007 in der Eurozone um 2,3% und in der EU27 um 2,1%. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/94&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Absatzvolumen im Einzelhandel im Mai 2007 gegenüber Mai 2006 gestiegen

Im Mai 2007 ist das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber Mai 2006 in der Eurozone (EZ13) um 0,4% und in der EU27 um 1,8% gestiegen. Im Vergleich zum April 2007 fiel der Einzelhandelsindex um 0,5% bzw. 0,1%. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VII. Justiz und Inneres

1. Gemischte Bilanz 2006 im Bereich Justiz und Inneres

Diese zog die EU-Kommission in ihrem zweiten jährlichen Bericht über die Umsetzung des Haager Programms ('Scoreboard'). 2006 falle die Bilanz nicht ganz so positiv aus wie im Vorjahr. 2005 seien etwas über 65% der geplanten Maßnahmen durchgeführt worden, 2006 lediglich 53%. Fortschritte habe es in den Bereichen gegeben, die zur ersten Säule gehören, namentlich bei den Grundrechten, der Unionsbürgerschaft, der Ziviljustiz, der europäischen Drogenstrategie, in Asyl- und Migrationsfragen, in der Visum- und Grenzpolitik sowie bei der Terrorismusbekämpfung. Zu Verzögerungen sei es in Bereichen gekommen, die zur dritten Säule gehören (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen). Neunzehn Mitgliedstaaten hätten die Richtlinie über die Freizügigkeit von EU-Bürgern und ihrer Familienangehörigen nicht fristgerecht umgesetzt. Mangelhaft sei auch die Umsetzung bei den Vereinbarungen beispielsweise über Geldwäsche und Erträge aus Straftaten oder Menschenhandel.

Vizepräsident Franco Frattini erklärte: "Nahezu ein Fünftel aller wichtigen Kommissionsinitiativen betreffen den Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit. Wir haben Fortschritte gemacht, aber allzu oft noch wird diese Arbeit durch den für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen geltenden Entscheidungsprozess blockiert oder verzögert." (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1005&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/frattini/news/news_en.htm#03_07_07

2. Konsolidierte EU-Rechtsvorschriften in (fast) allen Amtssprachen

Das Amt für Veröffentlichungen der EU arbeitet an der Konsolidierung des Sekundärrechts oder „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ in 19 der 20 Sprachen, die bereits vor der Erweiterung von 2007 EU-Amtssprachen waren. In ihrem Aktionsplan für eine bessere Rechtssetzung hat sich die Europäische Kommission zum Ziel gesetzt, die Transparenz und Zugänglichkeit des Gemeinschaftsrechts zu verstärken. Deshalb wurden die geltenden Rechtsvorschriften in weniger als 3 000 Rechtsakten konsolidiert. Diese Texte sind rechtlich nicht verbindlich, bieten jedoch eine laufend aktualisierte Übersicht über das geltende Gemeinschaftsrecht. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1028&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://eur-lex.europa.eu/de/legis/avis_consolidation.htm

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

Europäische Fischerei-Kontrollagentur nimmt ihre Arbeit auf

Die neue Europäische Agentur hat ihre Arbeit aufgenommen, um die Aktivitäten der Mitgliedstaaten im Bereich Bekämpfung von Überfischung und Schutz von gefährdeten Beständen zu koordinieren. Der gemeinsame Aktionsplan für die Nordsee, der am 12. Juli 2007

verabschiedet wird, poolt die Ressourcen der Mitgliedstaaten (Inspektoren, Überwachungsschiffe, Flugzeuge, etc), und nutzt sie, um eine effektive und flächendeckende Überwachung der Fischfangaktivitäten zu garantieren. (Ro)
http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/control_enforcement_en.htm

b) Verkehr

1. Maßnahmen für leistungstärkeres Flugverkehrsmanagement dringlich

Angesichts absehbarer Engpässe im europäischen Luftverkehr plädiert ein von der EU-Kommission mitgetragenes Gutachten einer Hochrangigen Expertengruppe für die Einführung neuer Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Politiken bis 2014 und nicht erst bis zum vorgesehenen Abschlussdatum 2020 für den einheitlichen europäischen Luftraum („Single European Sky“). Die Gruppe fordert einen "Koordinator für die Luftfahrtsysteme“, der Kapazitäts- und Effizienzverbesserungen sowohl in der Luft als auch am Boden voranbringen soll, damit SESAR, das Programm zur Modernisierung des europäischen Flugverkehrsmanagements, 2013 erfolgreich umgesetzt werden kann. Weitere Vorschläge zielen auf eine Stärkung von Eurocontrol und der Europäischen Flugsicherheitsagentur ab. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1033&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/air_portal/traffic_management/ses/review_en.htm

2. Fluggastdaten an USA und an EU

Nach der mit den USA erzielten Einigung über die weitgehende Fortführung des bisherigen US-amerikanischen Passenger Name Record Systems (deutsch: System zur Speicherung von Passagiernamen, PNR) durch Fluggesellschaften, die aus der EU in die USA fliegen kündigte Kommissionsvizepräsident Frattini am 03.07. an, dass künftig auch Gesellschaften, die in die EU fliegen, verpflichtet werden könnten, die Privatdaten ihrer Fluggäste, wie beispielsweise die Nummer des Reisepasses und Kreditkartenangaben, an die europäischen Geheimdienste weiterzugeben. Die Details und auch eine etwaige Ausweitung auf innereuropäische Flüge sollen Teil eines Anti-Terror-Pakets der Kommission im Oktober sein. (Ro)

<http://www.euractiv.com/de/verkehr/fluggaeste-erwartet-anti-terror-pruefung-eu/article-165228>

3. Schwarze Liste der Luftfahrtunternehmen erweitert

Die Europäische Kommission hat am 04.07. die zum vierten Mal überarbeitete Liste der Fluggesellschaften verabschiedet, denen der Betrieb in der Europäischen Union untersagt ist. So stehen auf der Liste der Luftfahrtunternehmen, gegen die in der EU eine Betriebsuntersagung ergangen ist, alle indonesischen Luftfahrtunternehmen sowie das in Angola zugelassene Luftfahrtunternehmen TAAG Angolan Airlines und das ukrainische Luftfahrtunternehmen Volare. Die bislang der Pakistan International Airlines auferlegten Beschränkungen wurden verändert. Darüber hinaus wurde Luftfahrtunternehmen aus Russland (10), Bulgarien (6) und Moldawien (8) der Betrieb in der Europäischen Union aufgrund der neuen Maßnahmen untersagt. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1014&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://air-ban.europa.eu>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Kommission informiert über EU-Roamingverordnung

Sie rechnet damit, dass der „Eurotarif“, der für die Handybenutzung im Ausland einen Minutenhöchstpreis für ausgehende Anrufe (0,49 € zuzüglich MWSt.) und eingehende Anrufe (0,24 € zuzüglich MWSt.) vorsieht, aufgrund des Wettbewerbs unterboten wird. Auf den

Webseiten der Kommission zum Thema Roaming finden sich Verbrauchertipps und Informationen über den neuen Eurotarif. (Ro)

<http://ec.europa.eu/roaming/>

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/986&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Präsentation des Neuen Erasmus Mundus 2 Programms (12.07.)

Im Jahre 2004 wurde das laufende Erasmus Programm vorgestellt, an dem mittlerweile mehr als 4.000 Studenten aus Drittländern teilgenommen haben, die in der EU einen Master-Studiengang absolvieren. Bisher nehmen 323 Universitäten in Europa an diesem Programm Teil. Mit dem Erasmus Mundus 2 Programm will die Kommission den europäischen höheren Ausbildungsstätten ein Werkzeug an die Hand geben, um für die Herausforderungen der Globalisierung gewappnet zu sein. (Ro)

http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/index_en.html

2. Kommission erörterte nachhaltige Entwicklung von Biokraftstoffen

Am 5. und 6. Juli kamen auf Einladung der Europäischen Kommission einige der einflussreichsten Akteure des Biokraftstoffsektors zusammen, um die Vorteile und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verwendung von Biokraftstoffen zu erörtern. Die folgenden fünf Aspekte standen dabei im Mittelpunkt: Maßnahmen zur Förderung von Biokraftstoffen; Entwicklung des internationalen Handels mit Biokraftstoffen, Risiken und Vorteile der Herstellung und Verwendung von Biokraftstoffen aus ökologischer Sicht, Biokraftstoffe und Entwicklungsländer sowie Forschung im Bereich Biokraftstoffe. (Ro)

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1000&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/energy/index.htm

http://ec.europa.eu/external_relations/energy/biofuels/index.htm

3. EU-Kommission auf Festival von Avignon

Kommissar Ján Figel' nahm am 08.07. in Anwesenheit der französischen Kulturministerin Christine Albanel an einer Diskussion über die Ziele der europäischen Kulturpolitik teil. Er äußerte sich ferner zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 und zum Programm Kultur 2007. (Ro)

http://ec.europa.eu/culture/eac/index_fr.html

XI: Sonstiges

1. Vorstellung des nationalen Eurobarometers in Berlin (12.07.)

Die Ergebnisse des nationalen Eurobarometers für das Frühjahr 2007 werden vorgestellt. Vor allem die deutliche positivere Einstellung der Deutschen zur EU und ihren Institutionen wird hier thematisiert werden. (Ro)

2. Berlin: Vorlesung "Quo vadis Europa?" mit EU-Kommissar Verheugen

Zum Finale der Ringvorlesung des Jean Monnet Centre of Excellence und der Freien Universität Berlin wird EU-Kommissar Günter Verheugen, zuständig für Unternehmen und Industrie, am 12.07. einen Vortrag über die vergangene deutsche EU-Ratspräsidentschaft halten. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr. (Ro)

http://www.polwiss.fu-berlin.de/more/coe/rv_themenplan.pdf